

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

21.2.1923 (No. 44)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Verständiger
Karlsruhe
Nr. 3516.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Gefredakteur
C. A. m. e. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Februar 1570 M. — Einzelnummer 80 M. — Anzeigengebühren: 70 M. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Rückstellungen karlsruher Post, der als Kassenabakt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweise Beitreibung und Konturverfahren stellt der Postamt keine Haftung für den Inhalt der Zeitung. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebshörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Der Kampf um die Ruhr.

Folgende vorzügliche Auslassungen über „Den Kampf um die Ruhr“ entnehmen wir einer der letzten Nummern der „Frankfurter Zeitung“. Es heißt dort:

In der französischen Presse liest man, die Lage an der Ruhr habe sich für Frankreich jetzt so gestaltet, daß Frankreich jetzt nicht mehr zurückzuziehen. Sein Ansehen in der ganzen Welt würde vernichtet sein, wenn es jetzt nachgibt. Es mag zutreffen, daß das die Auffassung sehr vieler und einflussreicher Franzosen ist. Hier im Ruhrgebiet hat man von vornherein damit gerechnet, daß der deutsche Widerstand diese psychologische Wirkung haben werde, und man ist sich wohl bewußt, daß gerade hierin vermutlich die größte Schwierigkeit für eine Liquidierung des Streites liegen wird. Inzwischen muß man sich in Frankreich seiner Täuschung hingeben, daß sich hier an der Ruhr eine gleiche, ähnliche Entwicklung vollzogen hat, die die weitesten Volksteile ergriffen hat, und die sehr tief sitzt: Auch der deutsche Widerstand hat den Rahmen, innerhalb dessen er zunächst begonnen worden war, inzwischen gesprengt, da zuerst trotz aller Entschlossenheit der Abwehr doch eine gewisse Unruhe über den Bestand, welchen Festigkeitssgrad diese Abwehr eines physisch geschwächten und seit vier Jahren waffenlosen Volkes zeigen werde, und wie viel man ihr werde zumuten können, so hat inzwischen die zunehmende Gefährdung des Volkes den Widerstand über sein ursprüngliches Maß hinaus wachsen lassen. Nicht als ob die passive Resistenz in nationalitäre Aktivistik umgeschlagen wäre; es ist im Gegenteil gerade ein Zeichen für die Ernsthaftigkeit des deutschen Widerstandes, daß mit der Größe der Aufgabe auch das Verantwortungsbewußtsein aller maßgebenden Faktoren und die Abneigung gegen jede Anwendung von Gewalt auf deutscher Seite sich steigerte; wohl aber haben die Anfangserfolge der Abwehr und auch die Tatsache, daß ungeachtet aller sozialer und parteipolitischen Spaltung die Verständigung über die deutsche Gegenaktion gegen den Einfall in das Ruhrgebiet ohne Schwierigkeiten und fast spontan zustande kam, dem deutschen Widerstand einen gewaltigen moralischen Antrieb gegeben. Man fühle es fast zu eigenen Erkaunen von Tag zu Tag deutlicher, daß auch ein machtloses und gedemütigtes Volk wie das deutsche gegen die Panzerautos und Maschinengewehre des Gegners nicht wehrlos ist, und man gewann zugleich immer größere Klarheit darüber, daß ein Nachlassen im Widerstand uns der Willkür eines erbarungslosen Feindes völlig preisgeben würde. Auch der Gedanke an die Möglichkeit, daß Frankreich den Kampf bis zum Äußersten führen wird, kann unter diesen Umständen die Bevölkerung nicht wandern machen. Man hat im Ruhrgebiet in den letzten Wochen über diese Dinge viel nachgedacht und ist dabei immer wieder zu dem gleichen Ergebnis gelangt: Wenn wir uns jetzt unter den Willen Frankreichs beugen, dann kommt tatsächlich der Schrecken ohne Ende. Unsere einzige Chance liegt vielmehr darin, daß wir auf der seit fünf Wochen eingenommenen Haltung beharren und zusehen, ob nicht doch die Kraft des moralischen Widerstandes eines um sein nadttes Leben ringenden Volkes stärker wird als die des Geldes und der Machtigkeit. Die utopischen und unterrichteten Leute in Frankreich wissen sehr gut, daß Frankreich in dem Augenblick, wo es sich zu einem erblichen und anständigen Ausgleich mit Deutschland entschließt, und wo es bereit wäre, hieraus die gegebenen Konsequenzen auch für seine Ruhrpolitik zu ziehen, den wirklichen Frieden mit Deutschland samt allem, was es für seinen Wiederaufbau und seine Sicherheit braucht, haben kann, und daß Deutschland für einen solchen Frieden einen hohen Preis zahlen würde. Frankreichs Lage ist daher so, daß es in jedem Augenblick, ohne seine vitalen Interessen zu verletzen, den Kampf beenden kann, während Deutschland ihn bis dahin fortsetzen muß. Das ist hier an der Ruhr die Auffassung der Großindustriellen, die in dieser Sache, wie auch der fleißigste Beobachter erkennen muß, sehr große Werte aufs Spiel setzen; es ist die Auffassung der Arbeiter, die für den Fall des Unterliegens eine kaum fahbare Verelendung vor sich sehen; es ist die Auffassung des gesamten Volkes, dessen Wille zur Selbstbehauptung nicht so gebrochen ist, daß nicht mit letzter Kraft einen letzten Abwehrkampf zu führen gewillt wäre.

Wie steht es zurzeit mit dem Angriff Frankreichs und der deutschen Abwehr? In dem Vorgehen Frankreichs ist in den letzten Tagen an meisten das Regime des Terrors hervorgetreten, durch das Frankreich offenbar Einschüchterung und Entmutigung bewirken möchte. Das, was es in dieser Hinsicht tut, übt seine Wirkung aus, aber es ist nicht die von den Franzosen gewollte Wirkung. Was jetzt wenigstens haben alle Brutalitäten die Spannung lediglich verschärft und zwar derart verschärft, daß die Gefahr einer Entlassung, an der die deutsche Seite kein Interesse hat und zu deren Vermeidung sie alles tut, was in ihrer Macht steht, näherückt. Und so selbstverständlich mußte diese Wirkung eintreten, daß man sich hier die Frage vorlegt, ob nicht ihre Verbeiführung die direkte und bewußte Absicht der Franzosen ist. Inzwischen geht neben diesen politisch-militärischen Maßnahmen der wirtschaftliche Kampf Frankreichs weiter, und hier handelt es sich gegenwärtig in der Hauptsache um die Absperrung des Ruhrgebietes vom unbesetzten Deutschland und von der englischen Zone. Die Sperrung hat sich in den letzten Tagen zusehends verschärft. Die Unterbindung des Verkehrs aus dem Ruhrgebiet wird immer vollständiger durchgeführt und zwar auch gegenüber Waren, die ins Ausland bestimmt sind, wobei sich die Frage ergibt, ob

sich das Ausland eine solche völkerrechtswidrige Beinträchtigung seines Handelsverkehrs mit Deutschland gefallen lassen wird. Neben den Gütern wird auch der Personenverkehr neuerdings kontrolliert, insbesondere werden die in das Ruhrgebiet hereinkommenden Personenzüge auf Waffen und verdächtige Papiere hin durchsucht. Im ganzen aber ist die Sperrung auch heute noch vor allem eine Behinderung des aus dem Ruhrgebiet herausgehenden Güterverkehrs, während der Versand ins Ruhrgebiet im wesentlichen noch frei ist. Die Sperrung wirkt, solange sie in diesem Rahmen bleibt, weniger gegen das Ruhrgebiet selbst als gegen das unbesetzte Deutschland. Diesem sollen durch die Sperrung die Kohlen und die notwendigen Rohstoffe entzogen werden, und es sollen keine Betriebe im möglichst großer Zahl zum Erliegen kommen. Man hört hier nichts davon, daß diese Folge bereits in nennenswertem Umfang eingetreten wäre, was sich daraus erklärt, daß die meisten Werke verhältnismäßig gut eingedeckt sind und daß zu dem im Lande befindlichen Kohlenvorräten die Einfuhr englischer Kohle hinzukommt, deren Kreis seit der jüngsten Befestigung der Ruhr nicht mehr so katastrophal für Deutschland ist wie vorher. Am günstigsten steht wohl Mitteldeutschland mit seiner großen Braunkohlenproduktion da; am schwierigsten wird die Lage für Süddeutschland und speziell für Württemberg sein, dem neben der Kohle auch die Wasserkräfte fehlen. In zweiter Linie wird natürlich durch die Absperrung auch das Ruhrgebiet selbst betroffen, dem der Absatz seiner Produkte erschwert ist. Man hilft sich damit, daß man zunächst einmal das Gebiet selbst so ausgiebig wie möglich versorgt. (Ich höre drei Monate mit allem, was sie zur Produktion braucht, versehen ist) und daß man im übrigen auf Lager arbeitet. Speziell im Kohlenbergbau wird das allerdings nicht ganz unbegrenzt möglich sein. Auch die lange vernachlässigten und daher keineswegs unproduktiven Vorkommnisse im Bergbau werden eines Tages erlebte sein; aber für Frankreich und Belgien werden die Bergleute auch dann nicht fördern. Bis auf weiteres wird jedenfalls auf Grund der heutigen Lage die Sperrung ein Stillstand der Betriebe im Ruhrgebiet nicht in Frage kommen können. Aber auch wenn dieser Fall eintreite, so würde das keinesfalls die Kapitulation des Ruhrgebietes zur Folge haben. Es ist vielmehr durch umfassenden Kredit und Unterstützungsmaßnahmen Vorjorge getroffen, daß auch dann das Ruhrgebiet und seine Bewohner alles das weiter erhalten, was sie zum Leben brauchen.

Natürlich kann nicht bezweifelt werden, daß Frankreich die physische Macht besitzt, aus dem Ruhrgebiet eine Wüste zu machen und seinen Bewohnern das Fundament ihrer Existenz unter den Füßen wegzuziehen. Aber das war es nicht, was Frankreich wollte, als es in das Ruhrgebiet einzog. Seine Absicht war nicht, das Ruhrgebiet zu ruinieren, sondern den Reichtum des Landes sich selber dienstbar zu machen. Es wollte nicht die Leiber der Menschen des Ruhrgebietes vernichten, sondern ihren Willen brechen. Es wollte nicht töten, sondern zermürben. Es wird sich entscheiden müssen, ob es, nachdem diese Politik der Zermürbung sich als aussichtslos erwiesen hat, auch den Weg zurückzugeben bereit ist, auf dem allein zugleich mit Deutschland und Frankreich selbst und Europa zu einer ruhigen und heilsamen Zukunft gelangen können, oder ob es einer Phantombildung von Prestige zuliebe ein Werk der Zerstörung verrichten will, das seinem Namen keinerlei Ehre, sondern nur Schimpf einbringen würde. Bisher hat es gegenüber den letzten verhängnisvollen Schritten zu tun, aber seine Militärs an der Ruhr tun alles, um das Ruhrgebiet und ihr eigenes Land unauffällig in den Strudel zu ziehen.

Der Börsen-Aschermittwoch.

Der „Badische Beobachter“ veröffentlicht folgenden lehrreichen Artikel seines Berliner wirtschaftspolitischen Mitarbeiters:

„Man ist der große Börsenkoch da! Diejenigen, die unter dem Einfluß des Launel'schen Sprungbatter Kurssteigerungen dem Wahne sich hingeeben haben, an der Börse nur noch zu verdienen und nichts zu verlieren, sind fürchterlich gestraft. Wenn nur Spekulationskreise, nur solche Elemente von den Verlusten betroffen würden, die an der Börse sich mühseligen Gewinns sichern wollten, so könnte man noch eine gewisse Begünstigung über die jetzige Entwicklung empfinden. Aber leider liegen die Dinge heute doch wesentlich anders. Die Spekulation hat sich bei Zeiten in Sicherheit gebracht. Immer mehr haben auch aus den Kreisen des sparrenden Publikums heraus sich Beilegungen an der Börse bemerkbar gemacht, um den freilich mit hartem Risiko verbundenen Versuch zu machen, die wenn auch nur noch geringe Kapitalsummen auf weiteres Verfall zu bewahren. Diese Kreise sind nun auf das schwerste durch die Entwicklung in Mitleidenschaft gezogen, ja man muß fürchten, daß wieder einmal zahlreichere Existenzen auf der Strecke bleiben müssen. Denn Überzeichnungen des Kontos zu Sünden der Deutung von Effektenläufen werden jetzt nicht mehr geduldet, und ebenso wehrlos, wie die Banken in Zeiten der Panik solche Kredite gewöhren, ebenso schroff sind sie jetzt zur Stelle, wenn sich die Dinge umkehren. So erleben wir es, daß gegenwärtig in sehr hartem Ausmaß Zwangsverläufe, sogenannte Exekutionen, an der Börse vorgenommen werden, so daß das auf diese Weise herauskommende Material noch mehr auf die Kursgefahrung drückt.“

Innerhalb vierzehn Tagen ist der Dollar von der 50 000 Markgrenze auf die 20 000 Markgrenze herabgedrückt worden. Das ist ein ganz ungeheurer Erfolg der von der Reichsbank auf Druck der Reichsregierung unternommenen Intervention.

Wir haben es hier, was sehr wohl zu beachten ist, nicht mit einer Aktion der Reichsbank, sondern mit einer solchen der Reichsregierung zu tun.

Selbst gut unterrichtete Kreise haben keine Kenntnis davon gehabt, daß die Reichsregierung bei der Reichsbank einen großen Devisen-Fond geschaffen hatte, der dazu bestimmt war, im Falle der Annahme der neuen deutschen Vorschläge zur Regelung der Reparationsfrage das Fundament für eine große, zugunsten Frankreichs aufzulegende Goldanleihe zu geben. Dieser Fond wird nun aufgelöst und zugunsten der Währungsverbesserung verwendet. Die sonstigen Devisenbestände, die die Reichsbank bei sich ansammelt und die aus dem regulären Export- und Geschäftsverkehr stammen, bleiben vollständig unberührt. Daraus ergibt sich, daß die Reichsbank noch über einen starken Rückhalt verfügt, der es ihr ermöglicht, die Devisenentwicklung weiterhin unter Druck zu halten.

Was wir jetzt beobachten, ist überhaupt ein konzentrischer Vorstoß der Regierung gegen die Devisenspekulation. Der eigentlichen Interventions-Tätigkeit der Reichsbank ist vorausgegangen das Verbot der Reichsbank an ihre Kunden, Devisen-Beziehungen in Papiermarkt vorzunehmen. Mit größter Strenge wird dieses Verbot von allen Banken, die Wert darauf legen, von der Reichsbank noch Kredite zu erhalten, durchgeführt. Eine scharfe gegenseitige Kontrolle hat Platz gegriffen. Gleichzeitig ist das ganze System der Kreditpolitik der Reichsbank auf eine neue Grundlage gebracht worden. Nicht mehr mit Erhöhungen der Diskont-Sätze, sondern durch die positiven Maßnahmen einer strengen Kreditpolitik wird das Ziel zu erreichen gesucht. Der bisherige Erfolg hat gezeigt, daß tatsächlich auf diese Weise dem ganzen Markt- und Valuta-Problem beizukommen ist.

Wenn nun jetzt an die Frage der Währungsverbesserung praktisch herangetreten worden ist, in einer Zeit, in der wir politisch und wirtschaftlich in jeder Weise mit am ungünstigsten dastehen, und wenn der Erfolg ein so außerordentlicher war, so wirkt sich natürlich ganz von selbst die Frage auf, warum die Reichsregierung in Verbindung mit der Reichsbank nicht schon früher unter viel besseren Bedingungen an dieses Problem herangetreten ist. Es wäre doch wohl besser gewesen, wenn mit einer solchen aktiven Valutapolitik die ungeheure Preisentwicklung auf Grund einer Steigerung des Dollarkurses bis über 50 000 hinaus verhindert worden wäre. Denn wir haben es immer erlebt, daß die Preislinie mit jeder neuen Steigerung der Devisenkurse sich automatisch und außerordentlich rasch dem Höchststand der Kurse der ausländischen Zahlungsmittel anpaßt, und wir erleben es ja auch jetzt, daß trotz der weit über die Hälfte des Höchsturses herabgedrückten Preisstandes der ausländischen Zahlungsmittel die Preise für die Lebensmittel und dergleichen absolut nicht im gleichen Maße sich senken. Ja, es muß befürchtet werden, daß in weiteren Kreisen die Zusammenhänge recht schwer durchschaut werden können und über die Grundlagen der Preisbildung man sich im allgemeinen keine Rechenschaft gibt, sehr unangenehm, wenn nicht gefährliche Mißstimmungen entstehen, die zu schwerwiegenden Ausbrüchen führen können. Aber noch etwas anderes muß gesagt werden! Wenn die Reichsbank gerade zu der Zeit eines so ungeheuren Höchststandes der Devisenkurse eine Aktion vornimmt, dann muß sie sich klar darüber sein, daß die Wirkung eine nachhaltige ist, daß die Währungsverbesserung zum mindesten eine gewisse Beständigkeit hat. Würde durch irgendwelche Umstände oder durch das Verjagen der Mittel der Reichsbank ein Umschwung in Gestalt neuer rapider Devisensteigerungen sich vollziehen, dann würde eine heillose Verwirrung im Geschäftleben Platz greifen und die ganze Produktion auf das schwerste betroffen.

Wir glauben allerdings, daß der Atem der Reichsbank noch längere Zeit anzuhalten vermag. Es kommt jetzt darauf an, die Spekulation sowohl in Effekten, wie in Devisen unter Druck zu halten. Den Erfolg sah man bisher schon in dem Zusammenwirken zweier für das Ergebnis der Stützungsaktion der Reichsbank sehr förderlicher Gefühle, und zwar einmal des Zwangs für die Devisen-Besitzer, ihre Bestände herauszugeben oder anzugreifen, und zum zweiten des Zwangs auf die Effektenbesitzer, ihre großen Engagements zu lösen. Darum ist auch der Effektenmarkt gegenwärtig nicht aufnahmefähig. Die Kurse haben die Tendenz, weiter abwärts zu gleiten, anreizende Momente zu einer Behebung des Geschäftsliegen wegen der mangelnden Geldflüssigkeit nicht vor, diese Geldflüssigkeit wird beeinträchtigt durch die Papiermarktaufwendungen für die aufgelaufenen Devisen, die in die Hunderte von Milliarden gehen. Andererseits werden riesige flüssige Mittel für die Ruhrindustrie wie überhaupt für das Bestehen des großen Wirtschaftskampfes im Ruhrgebiet und auch für die Industrie in ihrer Gesamtheit benötigt, die angesichts der gegenwärtigen unsicheren Verhältnisse sehr vorsichtig disponieren muß.

So hat der Börsen-Aschermittwoch des Jahres 1923 die trübsten Erinnerungen an den schwarzen Donnerstag vom November vorigen Jahres wieder geweckt, ja, das Ausmaß des Zusammenbruchs ist noch viel größer, als es damals war. Hatte es sich damals um Einbußen von einigen tausend Prozent gehandelt, so gehen jetzt die Verluste in die zehntausende von Prozent, erreichten sogar teilweise 50 000 und mehr Prozent, so daß an einer einzigen Aktie hunderttausende, ja Millionen von Mark verloren werden. Das sind ebenso eindringliche, wie heilsame Lehren, die zeigen, wie berechtigt die oft wiederholte Warnung war, sich nicht unüberlegt dem Karnevalskarneval an der Börse zu überlassen, um nicht einen grauen Aschermittwoch erleben zu müssen.“

Die Ruhrdebatte im englischen Unterhaus.

Im englischen Unterhaus fand eine lebhaftere Debatte über den von den Liberalen eingebrachten Antrag statt, die Frage der Ruhrbesetzung dem Völkerbund vorzulegen. Bis hier führte aus, es seien in England zwar große Sympathien für das französische Volk im allgemeinen vorhanden, er hoffe aber, daß sich die öffentliche Meinung nicht von einigen Blättern irreführen lassen würde, die den Anschein erweckten, als ob ganz England die Ruhrbesetzung billigt. Er selber sei dafür, ein völliges Einberufen mit Frankreich aufrecht zu erhalten, aber er behaupte es außerordentlich, daß diese Kameradschaft durch die Expedition ins Ruhrgebiet den harten Stoß erlitten habe. Lord Robert Cecil schloß seine Ausführungen mit den Worten, daß die Freundschaft Englands gegenüber Frankreich das einzige Ziel der englischen Politik sein müsse.

Darauf kam

Lloyd George

zu Wort, der erklärte, er sei von der gegenwärtigen Haltung seines Redneres in höchstem Maße überzeugt, denn noch vor zwei Jahren sei derselbe Staatsmann Anhänger des Vorschlags gewesen, die Reparationsfrage dem Völkerbund zu übertragen. Zu der Zeit, da er (Lloyd George) dem Kabinett vorstand, habe er genau dieselbe Ansicht vertreten wie heute Lord Robert Cecil. Er habe stets zugunsten der Freundschaft mit Frankreich gesprochen und nie den Grundsatz aufgegeben, daß die englische und französische Demokratie Hand in Hand und in enger Gemeinschaft zusammenarbeiten sollten, soweit dies möglich sei. Das solle aber nicht heißen, daß England nun auch alle eigenmächtigen Sonderhandlungen Frankreichs billigen müsse, Handlungen, die den Weltfrieden gefährden könnten. Im Gegenteil, gerade aus seiner innigen und ehelichen Freundschaft für Frankreich heraus verlange er von der englischen Regierung, daß sie Maßnahmen treffe, die Frankreich vor dem Zusammenbruch retten sollten. Lloyd George fuhr fort: Die englische Freundschaft für Frankreich und seine Bevölkerung besteht nach wie vor. Die französische Aktion wird sich als eine falsche Rechnung erweisen. Das wird Frankreich selber früher oder später einsehen.

Die französische Politik ist auf einem falschen Wege.

England konnte sich dieser Operation unmöglich anschließen und die einzige Haltung, die es einnehmen konnte, war die, die unsere Regierung in Wirklichkeit eingenommen hat, ohne zugleich die guten Beziehungen zu Frankreich zu gefährden. Es fällt mir jedoch schwer, zu glauben, daß Frankreich bei der Besetzung der Ruhr einzig und allein den Gedanken hatte, sich bezahlt zu machen. Denn die Bezahlung der Reparationen wird dadurch nicht erreicht. Ich glaube, daß Frankreich im Gegenteil noch andere Absichten verfolgt. Die politischen Ausfälle sind meiner Meinung nach gegenwärtig also ungünstig und das ist sehr zu bedauern. Bonar Law hat sein Möglichstes getan, um die guten Beziehungen zu Frankreich aufrechtzuerhalten, aber Frankreich hat diese guten Beziehungen selber gestört, es hat sich um die englische Freundschaft wenig gekümmert. Frankreich könne natürlich Deutschland den Hals zuschnüren. Wer aber glaubt, daß diese Politik irgendwelche positive Ergebnisse zeitigen wird, irrt sich gewaltig. Wenn in Deutschland Unruhen ausbrechen würden, so wäre dies eine größere Gefahr für England und Frankreich als für Deutschland selbst. Es wäre die größte Gefahr für Europa. England hatte vorgeschlagen, daß sich Frankreich mit Deutschland einigen solle, das hat aber Frankreich abgelehnt. Deswegenachtet

würde natürlich England an Frankreichs Seite stehen, wenn Deutschland es mit Waffengewalt angreifen würde. Die Ruhraktion hat den nationalistischen Revanchegedanken in Deutschland, der seit vier Jahren schlummerte, von neuem wachgerufen. Was soll nun geschehen? Dieser Nationalismus war seit dem Waffenstillstand zu Boden gedrückt worden.

Frankreich hat sich selbst geschadet, denn es wird sehr schwer sein, diesen Geist jetzt niederzuhalten. Lloyd George beteuerte nochmals: Wir sind eheliche Freunde Frankreichs und werden unser Möglichstes tun, ihm die Gefahren klar vor Augen zu halten, bevor es zu spät ist. Seit der Ruhrbesetzung sind fünf Wochen vergangen und zu was haben sie geführt? Man dachte, Amerika würde eingreifen. Die einzige Hilfe, die uns kommen könnte, wäre von Amerika. Wir müssen Hilfe von Amerika bekommen. Amerika hat den größten Goldbestand der Welt. Unter den Folgen dieser Tatsache müsse Europa leiden. Amerika müsse eingreifen und die Spannung zwischen Frankreich und Deutschland klären. Amerika könne die Schwierigkeiten Frankreichs aus der Entfernung nicht richtig beurteilen. Was uns selbst betrifft, so müssen wir mit dem Zustand des deutschen Volkes Mittel haben und dürfen der deutschen Nation unsere Hilfe nicht versagen.

Bonar Law

antwortete auf die Rede Lloyd Georges und führte aus: Obwohl er die französische Politik an der Ruhr nicht billige, so sei er doch mit den Argumenten, die Lloyd George gegen Frankreich vorgebracht habe, nicht einverstanden. Vieles, was Lloyd George gesagt habe, sei verkehrt. Wenn England auch nicht die französische Aktion mitmache, so sei es doch seine Pflicht, an der Seite Frankreichs zu stehen. Die gegenwärtige Lage, so sagte Bonar Law, ist mehr als verwickelt, doch darf man in diesem Augenblick nicht gegen Frankreich Partei ergreifen. Bonar Law erklärte weiter: Lloyd George hat selbst vor zwei Jahren vorgeschlagen, das Ruhrgebiet zu besetzen, für den Fall, daß Deutschland nicht zahle. Warum hat sich jetzt seine Meinung geändert? Die Mißstimmung zwischen Frankreich und England stammt nicht aus den letzten Pariser oder Londoner Konferenzen, sondern besteht schon seit dem letzten Jahre, seit der Konferenz im August. Damals hätten bereits die beiden Minister sich nicht einigen können.

Die Frage sei nun die: Ist eine Intervention nützlich oder nicht? Die Sache dem Völkerbund vorzutragen, sei ohne Zustimmung Frankreichs unmöglich. Frankreich wolle den Völkerbund in seiner augenblicklichen schwachen Lage weiter erhalten. Hierbei werde es mit der Zeit die

öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen sich

haben. Aber ein Völkerbund ohne Amerika, ohne Rußland und ohne Deutschland sei schwach und könne keine Funktionen nicht so ausüben, wie es augenblicklich der Fall sein sollte. Es ist wohl Aussicht vorhanden, so führte Bonar Law weiter aus, daß Amerika eine Intervention unternimmt. Es hält den Augenblick noch nicht für gekommen und glaubt, daß es in dem jetzigen Augenblick durch eine Intervention mehr Schaden anrichten wird als Nutzen kann. Es sei zwar unfinnig, die britischen Truppen in Deutschland zu belassen, wenn England Frankreichs Vorgehen nicht billige, aber das englische Kabinett sei zu dem Beschluß gekommen, daß die Entente cordiale aufrecht erhalten werden müsse und daß die englischen Truppen so lange wie nur irgend möglich in dem Rheinland zu bleiben hätten.

Politische Neuigkeiten.

Poincaré vor dem Kammerausschuß.

Trotz der den Mitgliedern der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten von Herrn Poincaré auferlegten Pflicht zur unbedingten Diskretion, waren die Pariser Blätter gestern morgen in der Lage, das recht dürftige Resumé der von Herrn Poincaré abgegebenen Erklärungen durch eine Reihe eigener Informationen zu ergänzen. In seinen Mitteilungen über die französische Aktion im Ruhrgebiet scheint Herr Poincaré sich darauf beschränkt zu haben, den Mitgliedern der Kommission ein Zahlenmaterial zu unterbreiten, das zum großen Teil den offiziellen Statistiken entnommen war. Stärkeren Eindruck scheint die Mitteilung gemacht zu haben, daß während vor der Besetzung im Ruhrgebiet täglich 580 Personen- und 620 Güterzüge verkehrten, die Gesamtzahl der heute zirkulierenden Züge auf 60 gesunken ist. Die Zahl der von Frankreich ins besetzte Gebiet entsandten Eisenbahner gab Herr Poincaré mit 9640 an, die natürlich nicht in der Lage seien, die 160 000 deutschen Beamten zu ersetzen und sich infolgedessen auf die Aufrechterhaltung eines stark reduzierten Verkehrs beschränken müßten. Die einzig wirklich interessante Ziffer, die Herr Poincaré gab, ist die Angabe der bisher nach Frankreich abtransportierten Kohlenmenge. Es sind bisher im Ganzen 1026 Waggons, also etwa 12 bis 15 000 Tonnen gewesen, das macht etwa 350 Tonnen pro Tag.

Wie das „Deure“ mitteilt, soll Herr Poincaré, als er beim Verlassen des Quai d'Orsay erfuhr, daß die von ihm mitgeteilten Ziffern bereits zur Kenntnis der Presse gelangt seien, einen Wutausbruch bekommen haben. Wenn dem so sei, habe er erklärt, dann werde er nicht mehr vor der Kommission erscheinen. Es sei ausdrücklich vereinbart worden, daß außer dem offiziellen Communiqué keinerlei Mitteilungen veröffentlicht werden dürften. Herr Poincaré habe schließlich erklärt, alle der Presse mitgeteilten Ziffern seien falsch.

Über den Verlauf der Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten machten die Mitglieder des Ausschusses über die Ausführungen Poincarés nach Sabas noch folgende Mitteilungen:

Poincaré teilte der Kommission ausführliches statistisches Material über die deutsche Kohlenproduktion mit. Die Franzosen und Belgier kontrollierten 9 Zehntel der deutschen Produktion. Poincaré sprach Deputierte hohes Lob aus und erklärte, es sei keine Rede davon gewesen, ihn durch eine andere Persönlichkeit zu ersetzen. Es komme nicht in Betracht, daß die Besetzungsmächte selbst das Ruhrgebiet ausbeuteten. Ihre Aufgabe bestehe ausschließlich in der Kontrolle. Diese Aufgabe sei 60 Ingenieuren, die in der Hauptsache Franzosen seien, anvertraut worden. Einige freiwillige englische Ingenieure würden erwartet. Als Antwort auf die Sabotageakte habe man 283 höhere Beamte des Ruhrgebietes und 55 des Rheinlandes ausgewiesen. Sie wurden durch Beamte niederen Ranges ersetzt, weil sie nicht durch französische Beamte ersetzt werden dürften.

Es habe im Ruhrgebiet 40 000 und im Rheinland 120 000 Eisenbahner gegeben. Frankreich habe nur 9640 hingeschickt. Es gebe in dem besetzten Gebiet überhaupt kein französisches Material. Bis jetzt wurden von den Besetzungsmächten 1026 Waggons Kohle nach Frankreich und Belgien geschafft.

Französische Anleihe in London?

Wie der Londoner Korrespondent der „Teff. Ztg.“ aus der City erzählt, versuchen in London seit zwei Tagen finanzielle Agenten Frankreichs einer französischen Anleihe den Weg zu bereiten, wofür sie Prozentige Goldbonds vorschlagen. Es besteht wenig Aussicht, daß sie Geld bekommen, obwohl ein bekanntes internationales Bankhaus an sich nicht prinzipiell abgeneigt wäre, die Bonds in England zu placieren. Die Agenten erhielten bereits eine Ablehnung in Amerika und werden weiterhin in Skandinavien ihr Glück versuchen.

Andere französische finanzielle und industrielle Interessenten sind zurzeit bemüht, englische Kreise für einen großzügigen Plan zwecks gemeinsamer Ausbeutung der besetzten rheinischen Provinzen bzw. der zu begründenden rheinischen Republik zu gewinnen. Das Angebot sieht in präziser Form die kapitalistische und industrielle Beteiligung Englands an der von Frankreich beherrschten Industriezone vor und richtet sich insbesondere an eine Gruppe von zu den Diehards zu rechnenden, in der englischen Wirtschaft prominenten Personen. Die Verhandlungen, die von der obigen Finanzaktion unabhängig sind, schweben und sind unbedingt ernst zu nehmen. Die englische Regierung hat damit ebensowenig zu tun, wie etwa mit der privaten Ausreise stellungloser Ingenieure nach der Ruhr. Es bleibt abzuwarten, ob eine kooperierende englisch-französische Gesellschaft zustande kommt.

Diese Entwicklung beweist die Aktualität der kürzlich erwähnten Frage einer Kooperation der englisch-deutschen Industrie und zeigt eine ernste Gefahr auf. Dabei ist bemerkenswert, daß selbst karmlose Unternehmen, wie gewisse Vereinigungen zur Markverbesserung, z. B. die Union Franco-Anglaise Banque, durch die nationalistische Aktion der „Daily Mail“ zu Fall gebracht wurden.

Minister Luther zur Ruhrfrage.

Im Chartistischen Verein Hamburg sprach Reichs Ernährungsminister Luther über die Ruhrfrage. Vor den zahlreichen Deutschen aus Chartisten drückte der Minister zunächst den Dank der Reichsregierung für die großzügige Ruhrhilfe aller Auslandsdeutschen aus.

Der bisherige Oberbürgermeister von Essen schilderte dann die Bedeutung des Ruhrgebietes, mit dessen Besitz Frankreich sieben Zehntel der Kohlenförderung des Kontinents in der Hand haben würde. Es sei jedoch unmöglich, daß diese feingliedrige Gebilde, dieses Land der unendlich verschlungenen Organisationen jemals von einem Fremdling werde geleitet oder beherrscht werden können und daß die Franzosen sich auch nur in dem Eisenbahnetz des Bezirkes würden zurechtfinden können. Invorstellbar sei es aber auch, daß Deutschland den Rheinland-Westfalen abgetrennt werden soll. Wenn wir uns auch für eine Weile mit englischer Kohle behelfen können, so müssen wir auf die Dauer selbstverständlich die Ruhrhilfe haben. Deshalb heiße es: tua res agitur. Es ist ein eigener Kampf, der von den waderen Männern an der Ruhr ausgefochten wird. Das tua res agitur gelte sogar gegenüber den Franzosen und Belgiern; wenn es ihnen gelänge, das Gebiet sich anzugewöhnen, so wäre es ihr eigenes Unglück, weil damit die deutsche Wirtschaftskraft völlig vernichtet würde. An der Ruhr werde auch um das Auslandsdeutschtum gekämpft, denn

nur wenn unser deutsches Geschäftsleben wieder zu lebendiger Entfaltung komme, gebe es in Zukunft deutsche Kultur und nur dann können auch die Auslandsdeutschen ihr Deutschtum erhalten. Schließlich werde an der Ruhr um die Aufrechterhaltung der Ordnung und des Lebens der ganzen Welt gekämpft. Wenn jetzt Frankreich feinste Rechtsbeziehungen zerstöre und entgegen allem Völkerrecht nicht gegen den Staat, sondern gegen die Bevölkerung Krieg führe, wenn etwa in Gelsenkirchen die Franzosen und Belgier den Passanten das Geld aus der Tasche nehmen, so vernichten sie damit jedes Rechtsbewußtsein, sie geben ein Beispiel der Rechtsverachtung, von dem niemand weiß, wohin es überspringt und wer das Begleichen nachmachen wird.

Der Reichs Ernährungsminister gab schließlich der Überzeugung Ausdruck, daß im Ruhrgebiet, wo der Arbeiter viel enger als anderswo sich mit seiner Arbeitsstätte verknüpft fühle und wo der Gegensatz von Stadt und Land nicht bestehe, ein neues Zusammenleben der Menschheit im Werden sei, das die Gefahr eines Unterganges zu überwinden vermöge. Wenn es freilich den Franzosen gelänge, jetzt aus den Arbeitern des Ruhrgebietes Kohlen- und Hüttenfläßen zu machen; so werde das wirklich der Auftakt zum Untergang des Abendlandes sein. Das mögen sich auch im Auslande alle die vor Augen halten, die da meinen, es sei wohl nicht so schlimm an der Ruhr. Der Minister forderte die Inlands- und Auslandsdeutschen auf, weiter zu helfen, daß die Deiche des passiven Widerstandes an der Ruhr aufgebaut und gestiftet werden. Wenn das ganze Volk mithilft, dann dürfen wir an der Überzeugung festhalten, daß die Waffen dieser Sturmflut einmal umkehren werden.

Die Rede des Reichs Ernährungsministers wurde mit außerordentlichem Beifall aufgenommen.

Der Ausweisungsterror.

Aus dem besetzten Gebiet sind ausgewiesen: Hofmeister, Tierarzt in Schleiden, Dartwig, Werkmeister der Hauptwerkstätte der Eisenbahn in Jülich, Frau Oberzolllinpektör May, Kochen, die Frau Förster Stolenberg, Domer, Mel, C. und H. Heber aus Mores, Postdirektor Breuhaus aus Homberg, Postdirektor Sessenbrup aus Homberg, Oberzolllinpektör Stöben in Crefeld, die Bürgermeister Ohnen in Friemersheim und Grähler in Goch-Emmerich, Delobelle, Vater und Sohn, aus Speyer und Kom aus Speyer, Schwedi, Degernert der Eisenbahn, Trier, Eisenbahningenieur Eysel, Gerolstein, Kreisfretär Brud aus Baumholder, Direktor des Finanzamtes Krämer in Offenbach, Bürgermeister Lamberts in Brüm, Buchner, Forstreferendar in Brüm, Steinmetz, Lehrer in Feld, Feil, Referent bei der Eisenbahndirektion Ludwigshafen, Noob, Eisenbahningenieur in Landau, Wilhelmshagen, Bahnhofsvorsteher in Landau, der Bahnhofsvorsteher in Siersbach (Westermarck), Kegel, Fleischer, Zollinspektör in Düren, Müller, Amtsgerichtsrat in Kreuznach, Knoll, Zollinspektör beim Hauptzollamt in Trier-Nämerbrück, Berres, Bürgermeister im Kreis Wittlich, Hartung, Vorhänger des Kreis-Ausschusses in Dies (Rohr).

Der Eigentümer der Druckerei der „Ems-Deister Zeitung“ in Ems war schon vor einigen Tagen ausgewiesen worden. Nunmehr ist auch sein Bruder ausgewiesen worden. Ferner sind ausgewiesen: Eichenbach, Zollinspektör in Weitenbach (Kreis Kusel), Gerngroß, Zollinspektör im Kreis Kusel, Rünbig, Zollsekretär im Kreis Kusel, Jung, Forstassistent in Franzenstein (Kreis Kersfeld), Heining, Chef der Polizei in Birmaßens, Köberls, Oberzolllinpektör in Kapellen (Kreis Zweibrücken), Wölter, Kaufmann in Speyer, Dietzsch, Forstchef des Reichsvermögensamts in Bad Ems, Stieler, Untmann in Gensingen, Reinhard, Redakteur der „Vopparde Zeitung“, Lapp, Buchhändler in Voppar, Fischer, Buchhändler in Worms. Die Familien aller dieser Personen müssen innerhalb vier Tagen das besetzte Gebiet verlassen.

Der „Fälzer Merkur“ in Zweibrücken ist für einen Monat vom 21. Februar ab verboten, das „Neue Wiener Journal“ für drei Monate vom 21. Februar ab, die „Galarner Zeitung“ in Goch (Kreis Cleve) und die „Medemer Zeitung“ in Goch (Kreis Cleve) vom 19. Februar ab für zehn Tage.

Ausgewiesen wurde der Redakteur der „Trierer Zeitung“ und demokratische Parteifretär E. Sauerbis, angeblich wegen Teilnahme an den Kundgebungen, die kürzlich in Trier stattfanden.

Infolge der erfolgten Verhaftung und Ausweisung des Postdirektors Klingenhöffer in Mainz ist seit gestern früh der ganze Post- und Telegraphendienst in Mainz eingestellt; auch der Telefonverkehr wurde kurz nach 8 Uhr eingestellt. Es war noch nicht zu erfahren, ob es sich nur um einen vierundzwanzigstündigen Proteststreik handelt oder ob der Betrieb für längere Zeit ruhen wird. Ebenso haben sämtliche Mainzer Banken den Betrieb geschlossen zum Protest gegen die erfolgte Verhaftung des Direktors der Mainzer Volksbank. Beide Verhaftungen sollen übrigens mit einer in den letzten Tagen erfolgten Auszahlung von Geldern an die streikenden Eisenbahner im Zusammenhang stehen.

Zur Hetzpropaganda gegen Deutschland.

Von beachtenswerter Seite wird der „Breslauer Zeitung“ geschrieben:

„Die Amsterdamer Tageszeitung Het Volk brachte kürzlich unter der Überschrift „Der nackte französische Militarismus und sein Amsterdamer Feigenblatt“ eine Karikatur, die sich mit der auffälligen Franzosenfreundlichkeit der bekannten Amsterdamer Zeitung De Telegraaf befaßt. Das Bild stellt einen zahnfleischenden, graubärtigen und durch das Käppi als Franzosen gekennzeichneten Soldaten dar, der mit gesenkter Lanze und stierem Raubtierblick nach Beute auspäht. Bekleidet ist diese Gestalt, von einigen Orden abgesehen, lediglich mit einer Nummer des oben genannten Telegraaf, die ihm als Feigenblatt dient.

Diese Karikatur des bekannten Organs der holländischen Sozialisten lenkt die Aufmerksamkeit von neuem auf die eigenartig franzosenfreundliche Haltung des Telegraaf, der sich schon während des Krieges durch seine zügellose Hetzpropaganda gegen Deutschland einen traurigen Ruf erworben hat. Ihren Deutschenhaß hat die Schriftleitung des Telegraaf auch nach dem Kriege in unverminderter Schärfe beibehalten. Sie widmet sich jetzt, nachdem das Blatt von England fallen gelassen wurde, ausschließlich der Verteilung der französischen Interessen. Der Besitzer des Blattes ist mit einer Französin verheiratet und wohnt seit vielen Jahren in Paris. Wie intim die Beziehungen der Schriftleitung des Telegraaf zum französischen Außenministerium sind, kann man am besten daraus erkennen, daß außer seinem Besitzer auch mehrere Redakteure, darunter der Chefredakteur Schroeder, zu Rittern der Ehrenlegion ernannt worden sind.

Deutschland ist seit Friedensschluß von Korrespondenten dieses Blattes merkwürdigerweise überflutet. Bei jedem besonderen Anlaß werden Spezialberichterstattung nach den jeweils im Vordergrund des Interesses stehenden deutschen Gebieten entsandt. Außer seinen ständigen Korrespondenten in Berlin, München und Hamburg hat das Blatt schon vor der Besetzung Essens eine ganze Kolonne von Agenten nach dem Ruhrgebiet entsandt. Diese pflegen sich vielfach als deutschfreundliche holländische Journalisten einzuführen, deren Ziel darin besteht, die deutsche Sache in Holland zu verteidigen. Leider sind nicht nur Redaktionen und Arbeitervertreter des Ruhrgebietes

... sondern auch die Gemeindegewaltungen diesem Schwindel zum Opfer gefallen. In den Fällen, wo vorausgesetzt werden konnte, daß die deutschfeindliche Haltung des Telegraaf bekannt war, traten seine Korrespondenten als Vertreter der Amsterdamer Zeitung De Courant auf, einer Nebenausgabe des Telegraaf, die in derselben Druckerlei hergestellt wird und alle Artikel des Hauptblattes im Satz übernimmt.

Die schwindelhaften Verfahren sind in den letzten Jahren eine ganze Anzahl deutscher Politiker aller Parteirichtungen hineingefallen. Damit nicht genug, scheut der Telegraaf nicht davor zurück, Leitartikel, die ihm von deutschen Parlamentariern zur Verfügung gestellt wurden, in der schamlosesten Weise zu entstellen. Solche Entstellungen werden dann unberührt von den deutschfeindlichen Presse- und Nachrichtenorganisationen in den Ententeländern und in anderen Staaten nachgedruckt. Die französische Regierung hat in den letzten Jahren sogar offiziell von dem ihr durch den Telegraaf gelieferten Material Gebrauch gemacht.

Nach alledem kann nicht genug vor den Agenten des Telegraaf gewarnt werden, die als deutschfreundliche „Holländer“ überall mit offenen Armen aufgenommen und anscheinend nicht selten — vielleicht ohne daß sie es wissen — von den Franzosen zur Erlangung vertraulicher Auskünfte benutzt werden.

Erhöhung der Postgebühren.

Die wesentlichen Gebühren, die vom 1. März 1923 an im Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

für Postkarten im Ortsverkehr 20 M., im Fernverkehr 40 M.,

für Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 40 M., über 20 bis 100 g 60 M., über 100—250 g 100 M., über 250—500 g 120 M.,

für Briefe im Fernverkehr bis 20 g 100 M., über 20 bis 100 g 120 M., über 100—250 g 150 M., über 250—500 g 180 M.

Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Eineinhalbfache des Höchstbetrags, mindestens aber ein Betrag von 1 M. nachgehoben.)

Für Drucksachen: bis 25 g 20 M., über 25—50 g 40 M., über 50—100 g 60 M., über 100—250 g 100 M., über 250 bis 500 g 120 M., über 500 g bis 1 kg 150 M., über 1—2 kg (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände zulässig) 250 M.;

für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite außer dem Ort, dem Datum und der Unterschrift Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 20 M. (Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postartengebühr.)

Badischer Landtag.

Umwandlung des Rechnungshofes.

Der Rechnungsprüfungsausschuß des Landtages berät zurzeit eine Vorlage des Finanzministeriums, welche die künftige Einrichtung und Befugnisse des Rechnungshofes in Baden betrifft. Es wird darin festgelegt, daß der Rechnungshof den gesamten Staatshaushalt zu prüfen und zu überwachen hat. Dieser Prüfung unterliegen:

1. die Rechnungen aller Staats- und Staatsanstalten über die Ausführung des Haushaltsplanes,
2. die Rechnungen über das gesamte nicht in Geld bestehende Eigentum des Staates und
3. die Rechnung über die Verwaltung der Staatsschulden, soweit dies nicht durch besondere Gesetze dem Landständischen Ausschuß übertragen ist.

In Artikel 24 ist noch festgelegt: Ergeben sich bei dieser Prüfung Bemerkungen, über die eine Einigung zwischen den obersten Verwaltungsbehörden und dem Rechnungshofe nicht zu erzielen ist, oder zeigen sich sonstige Umstände, deren Kenntnis für den Landtag von Wichtigkeit ist, so sind sie in die Berichterstattung mit aufzunehmen.

In der Begründung der Vorlage wird noch darauf hingewiesen, daß das Staatsministerium aus Gründen der Vereinfachung beschlossen hat, die Oberrechnungskammer durch Angliederung der übrigen Rechnungsstellen zu einem allgemeinen Rechnungshof auszubauen, nachdem die badische Eisenbahn- und die Zoll- und Steuerverwaltung auf das Reich übergegangen sind und infolgedessen auch die Bücher der hierauf bezüglichen Rechnungen für das Land Baden weggefallen ist.

Das Haus der 100 Vernünftigen.

Kürzlich veröffentlichte Josef Roth (Berlin) in der „Frankfurter Zeitung“ folgende heiter-ernste Plauderei, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Im Sanatorium für Nervenranke, das mein Freund Dr. P. leitet, ein bekannter Ironist, lebten, meines Erachtens, 100 m e r Vernünftige. Die Patienten waren ja gar nicht „nerventranke“ — diese Bezeichnung galt für die Verwandtschaft — sie waren nur irrsinnig. Sie zogen sich von der Welt zurück, angezogen von dem gefunden Menschenverstand, der sie damals regierte. Sie wählten eine kleine Schizophrenie, ein bißchen Paranoia, ein Quäntchen Größenwahn, eine harmlose dementia praecox, statt einer vorgeschriebenen staatsbürgerlichen Gesinnung, eines Affektorenberufs, einer Kadererschule, einer Dozentur. Der Ausbruch des Weltkrieges gab ihnen recht. Draußen, im Felde, wenn ich Wachtposten stand, dachte ich neidvoll an jene Glücklichen, die eine Gehirnparalyse sorgsam beschützte vor der Gehirnverwundung eines Pressequartiers oder vor dem Größenwahn eines Kaisers.

Von den 100 Patienten leben heute im Sanatorium meines Freundes hundert — und alle sind geheilt. Alle sind vernünftig — nicht nur in jenem höheren Sinne, der die Normalität der Welt in Käseförmigkeit setzt, sondern genau so vernünftig, wie wir andern, die wir Affektoren sind, Dozenten, Staatsbürger — und insdane wären, wieder Wachtposten zu stehen, die Berichte eines Pressequartiers zu verfassen und zu lesen und einer Kriegshilfe Bravo zu rufen.

In der Seilanstalt lebt heute kein einziger Kranke mehr. Sie ist eine Art Pension für Normale. Es gibt männliche und weibliche Patienten. Sie veranstalten Fünf-Uhr-Tees, sie tanzen Schimmy, sie haben ein Grammophon, sie spielen Klavier und sind, dank der vortrefflichen Kunst meines berühmten Freundes, wieder dieselben stupiden Durchschnittsmenschen geworden, die sie vor ihrer Erkrankung gewesen. Sie lesen sogar Zeitung.

Ein Offizier, der im Kriege verwundet war, arrangiert Skizzen und Korbwaren. Ein Vater, der in der Zeit seiner

Badische Übersicht.

„Gegen die Wucherer und Schieber.“

Zu den in der gestrigen Nummer der „Karlsruher Zeitung“ veröffentlichten Erlassen des Ministeriums des Innern und des Generalkassensachverwalters schreibt der „Volksfreund“ in seiner heutigen (Mittwoch-) Nummer, sie seien eine Folge des Offenen Briefes gewesen, welchen er in seiner Dienstagnummer auf der 1. Seite des Blattes veröffentlicht hat.

Diese Behauptung ist unrichtig. Die Mitarbeit der Presse auf dem Gebiete der Bekämpfung des Wuchers und des Schiebertums ist gewiß zu begrüßen, aber es bedurfte nicht erst des Offenen Briefes des „Volksfreund“, um hier vorzugehen. Die erwähnten Erlasse waren viel früher fertiggestellt, als der „Volksfreund“ feststellen zu können glaubt. Der Offene Brief des „Volksfreund“ erschien am Dienstag mittag, bereits Montag abend waren die in Frage kommenden Erlasse der Redaktion der „Karlsruher Zeitung“ zur Veröffentlichung überwiesen. Die Veröffentlichung wäre am Dienstag nachmittag — der Ausgabezeit der „Karlsruher Zeitung“ — auch geschehen, wenn der Offene Brief im „Volksfreund“ nicht geschrieben worden wäre.

Durch solche Bemerkungen, wie die des „Volksfreund“, schwächt man von vornherein die Autorität der Behörden, die sich die Bekämpfung des Wuchers zum Ziel gesetzt haben. Das sollte man im Interesse des gemeinsamen Zieles, das Behörden und Presse auf diesem Gebiete haben, unterlassen.

Der Reichsfinanzminister an seine Beamten.

Der Reichsfinanzminister hat folgenden Erlaß an die Beamten seines Ressorts gerichtet:

„Die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung, insbesondere der Zollverwaltung im In- und im Einbruchgebiet haben in den letzten schweren Wochen in vorbildlicher Weise ihre Pflicht bis zum äußersten erfüllt und ohne Rücksicht auf das eigene Wohl und das Wohl ihrer Familien die Anordnungen der Reichsregierung allen Gewalten zum Troß befolgt. Ich bin überzeugt, daß alle Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung dem neuen Gewaltakte, durch den die Reichszollverwaltung offenbar völlig zerfallen werden soll, mit demselben Geiste begegnen werden, der sie bisher befehlet hat.“

Die Franzosen im Bahnhof Offenburg und Windschlag.

Die Franzosen suchten den Vorstand der Bahnmeisterei II in Offenburg zu verhaften, die Bahnunterhaltungsarbeiten im Bahnhof Offenburg wieder aufzunehmen, oder für französische Arbeiter Geräte abzugeben.

Französische Offiziere durchsuchten die Wohnung des stellvertretenden Dienstvorstandes der Station Windschlag ergebnislos nach Plänen für die Stationsanlagen. Im Dienstzimmer des Bahnhofsvorstandes ertrugen sie verschiedene Schreie und Schußwunden und probierten schließlich noch einige Weichen im Stellwerk. Entwendet wurde, soweit bis jetzt festgestellt, nichts.

Kaperung zweier Deckarkabine.

Wie erst jetzt bekannt wird, haben die Franzosen in Mannheim am 16. Februar den leeren, unbewachten Kahn „Schwib“ und am 17. den Kahn „Mara“, die im offenen Neckar lagen, beschlagnahmt und weggeschleppt.

Kahn „Hedwig“ ist ein Gesellschaftskahn und in Oberhausen beheimatet. Er war besetzt von dem Schiffsjunker Waldorf von Hirschhorn; im Zeitpunkt der Kaperung befand sich niemand auf dem Kahn.

Eigentümer des Kahns „Mara“ ist der Schiffer Georg Ehling von Rierstein, der samt dem übrigen Schiffspersonal mitgenommen wurde.

Krankheit geniale Ansätze zeigte, malt wieder talentlose Porträts; ein Musiker spielt jeden Tag im Kino, ist Montag und Mittwoch frei und stellt seine Musikalität den Fünf-Uhr-Tees zur Verfügung; ein Student der Rechte ist wieder zu seiner angeborenen Dummheit gelangt und beweist sie, indem er sich für ein Examen vorbereitet. (Er wird es bestehen.) Und der Doktor S. hat nur die Obliegenheiten einer Pensionsmutter zu erfüllen; er kauft Eier und Butter und Milch, beaufsichtigt eine Wirtschafterin, schreibt ein Buch über die nicht mehr vorhandene Schizophrenie und wartet vergeblich auf einen Geisteskranken.

In Berlin ist keiner mehr aufzutreiben. In den anderen Privatheilanstalten leben noch ein paar uninteressante Fälle — und außerdem Gesunde, Normalgewordene. Wirklich Geistesranke sind nur noch in den öffentlichen Anstalten zu finden, in denen sich Gesunde nicht lange aufhalten dürfen und in die brutal vernünftige Welt so schnell als möglich zurückkehren müssen. In den privaten Sanatorien Berlins leben die Geheilten — aus Furcht vor der inzwischen gewaltig veränderten Welt, in der sich nur noch ein Verrückter auskennt. Ihre Furcht ist nicht mehr krankhaft, sondern eben sehr normal. Sie sind so vernünftig, daß sie nur im Irrenhaus leben können und nirgends sonst.

Das ist keine wichtige Erfindung, sondern eine statistisch nachzuweisende Wahrheit: in den privaten Irrenhäusern Berlins leben nur noch vierzig Prozent Kranke, die andern sechzig gesund und können das Irrenhaus doch nicht verlassen. Grausam und groß ist die Stadt, in den Wohnungen leben Schulter an Schulter die reichen Ausländer, russische Emigranten füllen die Pensionen — wer nicht das Glück hatte, vor einigen Jahren vertrieben zu werden, wird es heute, wenn er zum Wohnungsamt kommt. Wer von den armen Ausländern vor 1914 nicht zufällig in Berlin gewohnt hat, bedarf einer Aufenthaltsgenehmigung vom Fremdenamt; er wartet darauf vier, fünf und sechs Monate und darf während dieser Zeit keine Wohnung beziehen. (Die reichen Ausländer können ruhig warten, sie wohnen im Hotel.) Es ist nicht leicht, sein Brot zu verdienen, man ist auf Gelegenheitsberdienste angewiesen

Landespolizeiamt u. Wucherbekämpfung.

Auf Einladung des Landespolizeiamts, fand, wie uns die Presseabteilung der badischen Regierung mitteilt, gestern im Bezirksratsaal in Karlsruhe eine Besprechung über polizeitechnische Grundzüge und Richtlinien einer umfassenden polizeilichen Bekämpfung des Wuchers, insbesondere des Viehwuchers, statt. An der Besprechung, die von Polizeidirektor Pauker geleitet wurde, nahmen u. a. Vertreter der Staatsanwaltschaften, der Reichsbahndirektion, des Statistischen Landesamts (Landespreissamt) und des Landesfinanzamts teil.

Zunächst berichtete ein Vertreter der Polizeidirektion Mannheim über das Eingreifen der Wucherpolizei auf dem Mannheimer Schlachtviehmarkt; seitens des Landespolizeiamts wurden die Maßnahmen mitgeteilt, die bei der polizeilichen Überwachung des Karlsruher Viehmarkts gemacht wurden. Auf Grund der praktischen polizeitechnischen Erfahrungen des erfolgreichen wucherpolizeilichen Eingreifens auf den Viehmärkten in Mannheim und Karlsruhe wurden Richtlinien festgesetzt, nach denen die polizeitechnische, namentlich präventive Bekämpfung des Viehwuchers verschärft und weiter ausgebaut werden wird. Die besondere Überwachung der großen Schlachtviehmärkte in Karlsruhe und Mannheim durch erfahrene und mit den Verhältnissen vertraute Polizeibeamte wird ergänzt durch eine verschärfte polizeiliche Kontrolle aller, auch der kleineren Viehmärkte im Lande. Neben diese lokale Marktüberwachung treten zur Kontrolle der Viehmärkte besondere Viehwucherkontrollen in die Viehmarktgebiete, die vom Landespolizeiamt bereits vorbereitet sind. Die polizeitechnischen Wucherbekämpfungsmaßnahmen werden ergänzt und unterstützt durch das Eingreifen der Staatsanwaltschaft; außerdem werden dabei die besonderen Erfahrungen und Beobachtungen des Steueraufendienstes des Landesfinanzamts verwertet werden. Es ist zu erwarten, daß über die Tätigkeit und Ergebnisse dieser verschärften polizeilichen Bekämpfung des Viehwuchers und des Wuchers überhaupt in Wäde weitere Mitteilungen gemacht werden können.

Zugleich wurden in der Sitzung Maßnahmen gegen den die Milchvervielfachung schwer beeinträchtigenden unerlaubten Handel mit Butter besprochen. Die polizeilichen Viehwucherkontrollen werden ihre Tätigkeit auch nach dieser Seite der wucherlichen Ausbeutung ausdehnen. Gegen die gegenwärtig lebhaft bekämpften Auswüchse des Handels mit Alt- und Edelmetallen schreitet die Polizei ebenfalls mit Nachdruck ein; hier werden alle Althändler und vor allem die Schmeltzer scharf und fortgesetzt kontrolliert.

Eine Anregung.

In Nr. 40 vom 17. Februar der „Freiburger Tagespost“ veröffentlicht Abgeordneter Dr. Schöfer folgende Anregung: „So wie bis jetzt die Verkehrsverhältnisse von Freiburg und des südbadischen Badens geordnet bzw. nicht geordnet sind, können sie unmöglich bleiben. Western reisten die Abgeordneten zurück, die, welche den Weg durch das besetzte Gebiet wählten, kamen mit einer fünf- bis sechsstündigen Reise nach Freiburg. Sie hatten Glück, daß dieser Weg von allerlei Zufälligkeiten belagert ist, nicht fest; darum wählten andere den Weg über Forstheim—Calw—Rimmendingen. Sie hatten 14 Stunden aufzuwenden. Auf beiden Wegen ist Überfüllung die Signatur des Personenverkehrs. So kann die Sache nicht bleiben. Man sollte erwarten dürfen, daß alsbald ein Eilzugsverkehr Freiburg—Donauwiesingen—Billingen—Rottweil—Calw—Forstheim—Karlsruhe eingerichtet würde. An diesem Wunsche sind nicht bloß die Oberländer Abgeordneten interessiert. Ungleich größeres Interesse hat die Geschäftswelt Oberbadens, speziell die von Freiburg. Die entsprechenden Schritte sind getan. Sollen sie Erfolg haben, dann werden sich die entsprechenden wirtschaftlichen Organisationen einseitig regen müssen.“

Konsularische Vertretung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen.

• Amtlich wird uns mitgeteilt: Der Generalkonsul des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, Jovan Milanowski in München, ist einstweilen zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen worden.

Verfütterung von Bucheckern—Ölkuchen.

P. A. Infolge der reichlichen Bucheckernnte des letzten Jahres werden zurzeit vielfach Preßrückstände aus der Bucheckernölgewinnung in Form von Bucheckerkuchen verfüttert. Da die Bucheckern einen Giftstoff enthalten, ist bereits eine Anzahl von Vergiftungen zum Teil mit tödlichem Ausgang bei Haustieren beobachtet worden. Es liegt daher Veranlassung vor, auf die Gefährlichkeit der Verfütterung von Bucheckern und Bucheckerkuchen an landwirtschaftliche Nutztiere hinzuweisen. Für Pferde eignen sich Bucheckern als Futtermittel überhaupt nicht, da bisweilen schon geringe Gaben genügen, eine

und auf Unterstufen wohlhabender Verwandten. Die Strafen sind des Nachts unsicher, der Passant, der dich höflich um Feuer für die Zigarette bittet, hält ein chloroformiertes Taschentuch für deine Nase bereit. Ein Mann, der hinter dir auf der Plattform steht, stößt dich während der rasenden Fahrt hinunter, weil er abspringen will. Im Verkehr von Café zu Café steigen die Aktien, aus Likörstuben werden Banken, über Nacht, mit der Aufschrift: Devisendiele. Der Dollar tanzt Jagzabends auf Himmelsleitern, Hände fuchteln durch die Luft und behindern den Straßenverkehr. Bettler kränken sich an den Straßenecken und die Gebrüste, die sie dir fordernd zeigen, sind eigentlich Betriebskapital. Propheten durchziehen die Stadt und predigen einer verzweifelten Rote Krieg oder Frieden. Menschen schlägt man ans Fatenkreuz, und die Gloden läuten: Judas ist auferstanden! Gymnastiken fahren im Auto, direkt von der Einsegnungsfeier zur Börse. Die Antike wird als klassisches Altmetall verhandelt. Der Kutscher auf dem Bod lieft den Puzettel; in der Filmbranche schlägt man ägyptische Schlachten. An den Straßenecken, in der Nacht, tuscheln geheimnisvolle Männer dir ins Ohr von Radttänzen — bis morgen früh. Die Welt ist irrsinnig.

Wer wunderst sich, daß man da im Irrenhaus bleiben muß und gerne bleibt? Unter vernünftigen Menschen, die keine Wohnungsnot kennen, zur gemeinsamen Wirtschaft beistehen; friedlich leben — eine Gemeinschaft vor normalen Dämonenmenschen, das heißt: Ausnahmemenschen?

Berlin ist groß und grau und grauam, der Irren sinn spricht aus dem Asphalt, er lauert in den Winkeln, er wartet auf dich hinter der, hinter jener Ecke. Er glüht in den Augen des Nachbarn in der Straßenbahn, er ist der Motor, der die Bahn treibt, die Maschinen, die Elevatoren, die Staubsauger, er regiert die Behörde, die Wohnungsämter; er lenkt die Automobile, daß sie dich überfahren; er furt in den elektrischen Drähten, auf daß ihre Hochspannung dich treffe; er bewegt die Drehtür, umschauelt dich ins Jagzband tangende Lokal. Er sitzt am Spieltisch und dirigiert das Roulettepiel und richtet dich zugrunde.

Auf! flieh hinein ins Irrenhaus!

schwere Erkrankung mit oft tödlichem Ausgang herbeizuführen. Auch bei Jungvieh sollte man von der Verfütterung solcher Früchte Umgang nehmen. Dagegen haben sich Bucheckern und daraus hergestellte Kuchen in mäßigen Mengen (bis 3 Pfund) an Grosvieh und (bis 1 Pfund) an Schweine verabreicht, nicht als nachteilig erwiesen, sofern sie trocken verfüttert werden und das Kränken der Tiere alsbald nach dem Fressen unterlassen wird. Bucheckernmehl löst man am besten vor der Verfütterung in zerfeinertem Zustand ab, wodurch der Giftstoff ausgezogen wird. Das giftige Kochwasser ist abzugießen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Die Inzuchtgebühren für Expresstgut werden mit sofortiger Wirkung erhöht. Auskunft erteilen die Stationen.

Aus der Landeshauptstadt.

N.A. Gemeindeumlage. In den letzten Tagen ist der Umlagefuß für die Stadt Karlsruhe, wie er sich auf Grund eines Nachtrags zum Voranschlag für das Rechnungsjahr 1922/23 nach dem Dezemberstand darstellt, bekannt gegeben worden. Er beträgt im einfachen Satz 30 M. auf 100 M. Steuerwert. Soweit sich übersehen läßt, hält er sich unter demjenigen anderer vergleichbarer Städte. Für Freiburg und Pforzheim ist auf ähnlicher Grundlage ein Steuerfuß von 32 M. festgesetzt worden. Heidelberg hat nach dem Stande von Anfang Februar einen solchen von 32 M. angekündigt. In der Nachbargemeinde Durlach hat der Bürgerausschuß ebenfalls nach dem Stande vom Dezember, den Umlagefuß auf 35 M. festgesetzt. Interessant ist auch ein Vergleich zwischen der Jetztzeit und der Vorkriegszeit. Im Jahre 1914 waren aus den Steuerquellen des Pflanzens- und Betriebsvermögens in Karlsruhe 2,4 Millionen Mark aufzubringen, jetzt 468 Millionen, also das 190fache. Die Erhöhung bleibt mithin ganz erheblich hinter der Geldentwertung und der Erhöhung der Löhne in allen sonstigen Lebensverhältnissen zurück.

* Rückgang der Fleischpreise. Vor Beginn des gestrigen Weihnachtses fand unter Mitwirkung von Bürgermeister Dr. Hartmann, Schlachthofdirektor Bayersdörfer und Vertretern der städtischen Schlacht- und Viehhofkommission, sowie des Leiters der Bucherabteilung der Polizeidirektion, Amtmann Schneider, eine Verhandlung mit den Metzgerei- und Viehhändlern über die Preisbildung für das auf den Viehmarkt aufgetriebene Schlachtvieh statt. Mit allem Nachdruck wurde darauf gedrungen, daß sich die allgemein einsehende rückläufige Preisbewegung auch in einem sofortigen Rückgang der Fleischpreise auswirken müsse. Es trat daraufhin eine Kommission zusammen, welche für den Verkauf auf dem Viehmarkt alsbald Höchstpreise festsetzte. Nach Abschluß dieser Höchstpreise wurde das Vieh, das die Händler zum Teil, wie nachgewiesen, unter wesentlich höheren Einkaufspreisen er-

halten hatten, mit zum Teil großen Verlusten für die Händler an die Metzger verkauft. Im Anschluß hieran wurde gestern abend von dem Unterausschuß der städtischen Preisprüfungs-Kommission für Fleisch unter dem Vorsitz des Stadtrats Köpfer die Frage der Fleischpreisfestsetzung für die laufende Woche beraten mit dem Ergebnis, daß mit allseitigem Einverständnis eine Herabminderung der Preise um teilweise bis zu 10 Prozent gegenüber der Vormoche eintritt. Die Herabminderung beabsichtigt überdies womöglich noch bis Ende der Woche größere Mengen Gefrierfleisch auf den hiesigen Markt zu bringen, das zu wesentlich geringerem Preis wie das frische Fleisch verkauft werden kann.

* Milchpreis. Der Unterausschuß der städtischen Preisprüfungs-Kommission hat in Verhandlungen mit Vertretern der vereinigten Melkerei-Besitzer in Karlsruhe für die von diesen abgelieferte Milch mit Wirkung vom 18. d. M. einen Erzeugerpreis von 720 M. für den Liter vereinbart. Demgemäß mußte der Kleinverkaufspreis für diese Milch auf 788 M. je Liter festgesetzt werden. Darin sind an Unkosten inbegriffen 68 M. für den Milchhändler und 8 M. Fuhrlohn je Liter. Dieser Verkaufspreis wird erhöht am 21., 24. und 28. d. M. für alle übrigen Tage gilt der bereits bekannt gegebene Regelpreis von 668 M.

* Milchfernverkehr. Auf Antrag der Handelskammer Karlsruhe ist Karlsruhe mit Wirkung d. 15. Febr. 1923 zum Milchfernverkehr zugelassen worden. Milchfernverträge werden allen anderen Privatverträgen — auch dringenden — vorgezogen, so daß der Empfänger in kürzester Zeit in den Besitz des Telegrams kommt. Die längste Dauer für die Beförderung eines Telegramms beträgt einschließlich Zustellung 3 Stunden. Das Milchferntelegramm kostet das Fünftel der normalen Telegrammgebühren. Milchfernverträge können nur nach bestimmten Orten (z. B. Mannheim, Frankfurt a. M., Berlin, Hamburg, Bremen) aufgegeben werden. Die Auslieferung kann am Schalter oder durch Fernsprecher werktags von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags erfolgen. Die Einrichtung hat sich in anderen Städten sehr bewährt, und es wäre zu wünschen, daß auch diese schnelle Verbindung in Karlsruhe guten Fuß fassen könnte.

* Marken in der Angestelltenversicherung. Die Beiträge zur Angestelltenversicherung sind vom 1. Januar 1923 an durch Marken zu entrichten. Die Marken sind bei den Postanstalten erhältlich. Die Marken haben die Form eines aufrecht stehenden Rechtecks, sind im Kupferdruck hergestellt, zeigen in dem Mittelfeld die Darstellung einer Caritas und enthalten die Aufschrift „Angestelltenversicherung“. Die Farbe der Marken aller Gehaltsklassen ist blau. Die Unterscheidung der einzelnen Marken ist durch den Gehaltsklassen- und Verkaufsdruck gegeben. Beiträge für die Zeit vor dem 1. Januar 1923 sind nach wie vor durch rote Zahlkarte auf das Postkontokonto der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu überweisen.

Staatsanzeiger.

Die Staatsprüfung im Hochbaujahr 1923.

Die Anmeldungen zu der im laufenden Jahre abzuhaltenden Regierungsbaumeisterprüfung im Hochbaujahr sind spätestens bis Ende März 1923 mit den in § 8 Abs. 1 der landesherrlichen Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1914 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1914 Seite 336) bezeichneten Angaben und Nachweisen beim Finanzministerium einzureichen, worauf über die Zulassung entschieden wird.

Für Kriegsteilnehmer, die infolge des Krieges die vorgeschriebene praktische Ausbildung nicht erreicht haben, kann nach der Verordnung vom 17. November 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 301) der Kriegsdienst bis zur Dauer von insgesamt einem Jahr auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden. Wer von dieser Vergünstigung Gebrauch machen will, muß dies in seiner Anmeldung bemerkbar machen und dabei Art und Dauer des geleisteten Kriegsdienstes angeben — vergl. § 11 der Verordnung vom 17. November 1917. —

Karlsruhe, den 16. Februar 1923.
Minister der Finanzen:
J. B. Sammet. Wösch.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Staatsministeriums.

Das Staatsministerium hat unterm 26. Januar 1923 beschlossen, für die Zeit vom 1. Januar 1923 bis 31. Dezember 1923 den Landgerichtsdirektor Hermann Oser zum Landgericht Karlsruhe, die Senatspräsidenten Dr. Otto Fürst und Friedrich Gut, den Landgerichtsdirektor Hermann Kirsch beim Landgericht Karlsruhe, den Oberlandesgerichtsrat Dr. Oskar Kuchel, den Präsidenten der Wasser- und Straßenbaudirektion Dr. Kasimir Paul, den Ministerialrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts August Holzmann, den Ministerialrat im Ministerium der Finanzen Dr. Steinbrenner, den Oberregierungsrat im Ministerium des Innern Philipp Kohlmeier zu Mitgliedern;

den Ministerialrat im Staatsministerium Josef Wittenmann, den Senatspräsidenten Ferdinand Stephan, den Oberregierungsrat im Ministerium des Innern Dr. Lothar Voss, den Landgerichtsdirektor Dr. Rudolf Schid beim Landgericht Karlsruhe zu Stellvertretern der Mitglieder des Disziplinarhofes für nichtrichterliche Beamte zu ernennen und gleichzeitig den Landgerichtsdirektor Hermann Oser zum Vorsitzenden und den Präsidenten der Wasser- und Straßenbaudirektion Dr. Kasimir Paul als dessen Stellvertreter im Vorfeld zu bestimmen.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, 22. Febr. 7-9^{1/2} Uhr. Sperr. I. Abt. 2800.
Abon. G 14. Th. Gem. B.V. B. Nr. 2401/2600.

Menschikow und Katharina.

Eintrachtsaal
Morgen Donnerstag, 22. Februar, abends 7^{1/2} Uhr
Konzert
Francis E. Arányi
(Violine)
Wilhelm Groß
(Klavier)
Sonate für Violine und Klavier op. 6 von Dr. Wilhelm Groß (Erstaufführung). — Konzert für Violine von J. Sibelius. — Stücke von Szymanowski, Dvorak und Kreisler.
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.

BAUBUND-MÖBEL
in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.
Eigene Verkaufsstellen:
KARLSRUHE, Karlsruherstr. 22
FREIBURG, Kaiserstr. 27
BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt
PFORZHEIM, Theaterstr. 15
OFFENBURG, Steinstr. 2
MOSBACH, Hauptstr. 12
MANNHEIM, Schloß, rechter Fl. gel, Reitbahn
R. 169
BADISCHER BAUBUND G.M.B.H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 5157. Karlsruhe am Rondellplatz.

Ausgabe von Schuldverschreibungen über Zwangsanleihe betr.

Die Zeichner, die bis Ende September 1922 gezeichnet haben, können ihre Stüde bei ihrer Zeichnungsstelle (Annahmestelle) jetzt abholen. Die Zeichnungsbefugigung ist der Zeichnungsstelle vorzulegen. Der Zeichner erhält die Schuldverschreibungen gegen Empfangsbekundigung auf dem Zeichnungsschein. Hat ein Zeichner die Schuldverschreibungen nicht innerhalb dreier Monate nach dieser Bekanntmachung abgeholt, so kann die Annahmestelle die Stüde dem Zeichner auf seine Gefahr und Kosten durch die Post übersenden. Die Auslieferung der Schuldverschreibungen ist kostenlos und gebührenfrei.
Karlsruhe, den 19. Februar 1923.
Finanzamt-Stadt. Finanzamt-Land

Erklärung.

In der Landtags-Sitzung vom 18. Januar 1923 hat Landtagsabgeordneter Dr. Schofer zum Ausdruck gebracht, daß bei der Landesausschussung des Bad. Landbundes am 26. November 1922, welche in der Umlagegetreideangelegenheit die bekannte Resolution gefaßt hat, der Landtagsabgeordnete Schmidt-Bretten anwesend gewesen sei, er ließe ziemlich vorne in der Reihe der Anwesenden. Gegenüber dem Zwischenruf: „Nein!“ von Seite des Landtagsabgeordneten Schmidt-Bretten, hat Landtagsabgeordneter Dr. Schofer sich auf den neben ihm sitzenden Landtagsabgeordneten Dr. Schmitt-Karlsruhe berufen, der die Akten eingesehen, seine Notizen auf Grund der Akten gemacht habe und bestätigte, daß der Name wirklich in der Anwesenheitsliste stehe.

Daraus entnahm ich Anlaß, in meinen Artikeln „Eine Anfrage an den Justizminister“ und „Es ist nur ein Schritt...“ und der Nachsicht in der „Falle!“ in den Nr. 4 und 5 der Wochenschrift des Bad. Landbundes „Der Landwirt“, zum Ausdruck zu bringen: „Wie bekommt Herr Dr. Schofer als unbeteiligter Dritter Einblick in die staatsanwaltschaftlichen Akten?“ „Wer ist verantwortlich dafür, daß der Abg. Dr. Schofer diesen Einblick in die Akten erhielt?“ „Ist die parteipolitische Schamlosigkeit im neuen Staat schon soweit gediehen, daß man solche Akten politischen Gegnern der aus politischen Gründen in Anklagezustand gesetzten Persönlichkeiten aushändigt?“ und ich habe die Ansicht vertreten, daß der Justizminister den Stand der Akten, den Herr Dr. Schofer untreuwilligerweise enthielt hat, aufklären müsse.

In dem gegen mich auf Strafantrag des Justizministers wegen Verleumdung von Beamten der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters anhängig gewordenen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren habe ich mich nun davon überzeugt, daß in den von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe an den Landtag zu dessen Kenntnisnahme mit dem Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung der Landtagsabgeordneten Gebhard und Klauer übergebenen Akten eine Liste der Einladungen zur Landesausschussung vom 26. November 1922 enthalten war, worin die Erschienenen — also die Anwesenden — mit Notiz angegeben sind, darunter tatsächlich vorne in der Liste auch der Landtagsabgeordnete Schmidt-Bretten. Ich bin überzeugt, daß der Landtagsabgeordnete Dr. Schofer in der Landtags-Sitzung vom 18. Januar 1923 diese Liste in Bezug genommen hat; und ich bekenne mithin meine Überzeugung nunmehr auch dahin, daß Landtagsabgeordneter Dr. Schofer zu seiner in dieser Landtags-Sitzung wiedergegebenen Kenntnis des Akteninhalts gekommen ist auf Grund der dem Landtag vorgelegten staatsanwaltschaftlichen Akten, also in durchaus einwandfreier Weise und mit Fug und Recht. Die in meinen oben bezeichneten Artikeln liegenden Unterstellungen und Verdächtigungen nehme ich daher vorbehaltlos und nach allen Richtungen zurück.
Karlsruhe, den 19. Februar 1923.
gez. Georg Dumas,
Schriftleiter der Wochenschrift des Bad. Landbundes „Der Landwirt“.

Hauptgewinne der 1. Konstanzer Münster-Geldlotterie. Ziehung 9. Februar 1923.
Nr. 18 387: 50 000 M., Nr. 18 559: 1000 M. und Prämie 10 000 M., Nr. 5140: 5000 M., Nr. 377, 13 076, 19 110, 27 281 je 1000 M.
Die Gewinne zu 100, 50 und 30 M. sind in allen Lotterieschäften und beim Lotterieunternehmer J. Stürmer, Mannheim O 7 11 einzulösen. — Die Gewinne werden nur gegen Rückgabe der Gewinnlose durch den Lotterieunternehmer und staatlichen Lotterieunternehmer J. Stürmer, Mannheim O 7 11 abzüglich Porto ausbezahlt. Am 9. Mai d. J. sind alle bis dahin nicht erlösbaren Gewinne verfallen.
R. 256

Die Gebühren der Kaminsfeger betr.

Die Gebühren der Kaminsfeger werden mit sofortiger Wirkung auf das 381fache der Grundgebühr erhöht.
Karlsruhe, den 19. Februar 1923.
Badisches Bezirksamt Abt. III.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
R. 159.2.1 Baden. Frau Maria Färing geb. Weismann in Baden, vertreten durch Rechtsanwältin Dr. Rahm in Baden, klagt gegen ihren Ehemann, Schneidermeister Josef Färing, früher in Baden-Walden, jetzt an unbekanntem Ort, mit dem Antrage auf kostenpflichtige, vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklag-

Kirchhofen.

Langholz-Verkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen verkauft freihändig etwa 200 Stm. Nadelholz I., II. und III. Klasse in 2 Losen. B. 248. Bezeichnungen und näherer Auskunft durch das Bürgermeisteramt. Schriftliche Angebote wollen in Prospekten der Landesgrundpreise vom November bis Montag, den 26. Februar 1923, nachmittags 5 Uhr, beim Bürgermeisteramt eingereicht werden.
Kirchhofen, 13. Febr. 1923.
Das Bürgermeisteramt: Binnerger.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Bonnendorf. R. 128
Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 218: Gintert, Bernhard, Landwirt in Lembach, u. Klara geb. Deeg. Vertrag vom 29. Januar 1923: Gütertrennung.
Bonnendorf, 9. Febr. 1923.
Bad. Amtsgericht.

Mannheim. R. 161
Zum Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:
1. Band XIV Seite 94: Michel, Karl, Kaufmann, und Juliane geb. Sellig in Mannheim. Durch Vertrag vom 9. Februar 1923 ist der Ehevertrag vom 2. Februar 1920 hinsichtlich des Vermögens der Frau ergänzt.

2. Band XV O.-B. 52: Hüfing, Friedrich, Kaufmann, und Frieda geborene Haas in Mannheim. Durch Vertrag vom 18. Januar 1923 ist Errungenschaftsgemeinschaft vereinbart. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr in § 2 bezeichnetes Vermögen, ferner alles, was sie noch unentgeltlich unter Lebenden oder von Todeswegen durch Schenkung, Erbschaft, Vermächtnis oder Pflichtteil erwirbt, außerdem der ihr vom Ehemann geschenkte ein Fünftel Mitbestimmungsanteil an dem Hausgrundstück Lg. Nr. 21558 b Gemarkung Mannheim.

3. Band XV O.-B. 53: Geisler, Karl, Kaufmann und Marie geb. Dietrich in Mannheim. Durch Vertrag vom 1. Februar 1923 ist Errungenschaftsgemeinschaft vereinbart.

4. Band XV O.-B. 54: Klinsberg, Hermann, Kaufmann, und Ella geborene Weidner in Mannheim. Durch Vertrag vom 7. Februar 1923 ist Gütertrennung vereinbart.

5. Band XV O.-B. 55: Fieger, Josef, Knecht, Assistent, und Marie geb. Fenschel in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 BGB. zustehende Recht, innerhalb ihres häuslichen Wirkungsbereiches die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Mannheim, 17. Febr. 1923.
Bad. Amtsgericht O. B. 4.
Redarbischofsheim. R. 174
In das Güterrechtsregister wurde heute eingetragen: Karl Lehmann, Schneidermeister zu Weibstadt, und Emilie geborene Stumpf. Im Ehevertrag vom 26. Jan. 1923 wurde Errungenschaftsgemeinschaft vereinbart. Vorbehaltsgut der Frau ist das in § 4 bezeichnete Vermögen.
Redarbischofsheim, den 16. Februar 1923.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Waldshut.

R. 154
Güterrechtsregistereintrag O.-B. 49: Fritz Daner, Schneidermeister, u. Emma geborene Keller in Waldshut. Vertrag vom 20. Januar 1923. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. Waldshut, 12. Febr. 1923.
Amtsgericht.

Weinheim. R. 155
Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 468: Galblaub, Heinrich, Bürgermeister in Gernsbach, und Olga geb. Winkler. Vertrag vom 7. Februar 1923. Gütertrennung.
Weinheim, 14. Febr. 1923.
Amtsgericht I.

Bereins-Register.

Mannheim. R. 156
Zum Vereinsregister Band IX O.-B. 33 wurde heute eingetragen: Fiegenzucht - Verein in Mannheim - Rheinau in Mannheim-Rheinau.
Mannheim, 13. Febr. 1923.
Bad. Amtsgericht O. B. 4.